

# Generalversammlung

Verteilung: Allgemein  
25. Januar 2017

*Kenntnis nehmend* von den Berichten des Sonderberichterstatters über das Recht auf Privatheit<sup>7</sup> und den Berichten



personenbezogener Daten von Dritten, namentlich von privatwirtschaftlichen Unternehmen, verlangen,

*in dem Bewusstsein*, dass der globale und offene Charakter des Internets als treibende Kraft für die Beschleunigung des Fortschritts bei der Entwicklung in ihren verschiedenen Formen, einschließlich der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung<sup>11</sup>, wirkt,

*feststellend*, dass den Staaten in der Allgemeinen Bemerkung Nr. 16 empfohlen wird, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass von staatlichen Stellen und Wirtschaftsunternehmen gesammelte personenbezogene Daten unrechtmäßig gespeichert, verarbeitet und verwendet werden,

*sowie feststellend*, dass die Tatsache, dass Wirtschaftsunternehmen in zunehmenden Maße die Fähigkeit besitzen, personenbezogene Daten zu sammeln, zu verarbeiten und zu verwenden, eine Gefahr für den Genuss des Rechts auf Privatheit im digitalen Zeitalter darstellen kann,

*unter Begrüßung* der Maßnahmen, die Wirtschaftsunternehmen freiwillig ergriffen haben, um ihre Politik in Bezug auf Ersuchen staatlicher Behörden um Zugang zu Nutzerdaten und -informationen für ihre Nutzer transparent zu machen,

*darin erinnernd*, dass Wirtschaftsunternehmen Verantwortung dafür tragen, die Menschenrechte, die anwendbaren Rechtsvorschriften und die internationalen Grundsätze und Standards zu achten,

*tief besorgt* über die nachteiligen Auswirkungen, die das Überwachen und/oder Abfangen von Kommunikation, einschließlich des extraterritorialen Überwachens und/oder Abfangens von Kommunikation, sowie die Sammlung personenbezogener Daten, insbesondere wenn sie in massivem Umfang durchgeführt werden, auf die Ausübung und den Genuss der Menschenrechte haben können,

*mit tiefer Besorgnis davon Kenntnis nehmend*, dass in vielen Ländern Personen und Organisationen, die sich für die Förderung und Verteidigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen, aufgrund ihrer Tätigkeiten häufig Drohungen und Drangsalierun-



